



Die Stadtverordnetenversammlung
- Beteiligungsausschuss -

Tagesordnung I Punkt 18.1 der öffentlichen Sitzung am 28. Januar 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0008

**Jahresarbeitsplanung der Konzernrevision 2020
- Antrag der Fraktion L&P vom 28.01.2020 -**

"Die Gesellschaft verfolgt im Interesse der Landeshauptstadt Wiesbaden vorrangig das Ziel einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, [...] die Übernahme aller im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben, [...]. Die Gesellschaft kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen." So heißt es im Gesellschaftsvertrag der GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH.

Gemeinschaftsunterkünfte und Studentenwohnheime könnten demnach von der GWW verwaltet und betreut werden. Ungeachtet dessen bedient sich die SEG externer Dienstleister. Dies sei kostengünstiger, so die Geschäftsführung bei der Einweihung des Wohnheims FrankMartin.

Die LINKE&PIRATEN Rathausfraktion legt Wert darauf, dass dieser Kostenvorteil nicht durch Verstöße gegen arbeitsrechtliche Standards zum Nachteil der Beschäftigten erzielt wird. Dies wäre gegeben, wenn Mindestlohn, Arbeitszeitgesetz und Vergütung von Mehrarbeit nicht eingehalten wird.

Der Beteiligungsausschuss wolle beschließen:

Die Jahresarbeitsplanung der Konzernrevision 2020 wird erweitert um den Punkt "SEG: Einhaltung arbeitsrechtlicher Standards bei Dienstleistern in Gemeinschaftsunterkünften und Studentenwohnheimen"

Beschluss Nr. 0024

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2020

Dr. Völker
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2020

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende
Oberbürgermeister